

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Annoncen-Abteilungen entgegen. - Erhalten wöchentlich. - Preis pro Anzeiger Nr. 25.

Redaktionspreis für den Anzeiger Nr. 25 und Anzeiger Nr. 25 wöchentlich, unter der Bedingung der Anzeiger Nr. 25 wöchentlich, unter der Bedingung der Anzeiger Nr. 25 wöchentlich.

Telegramme: Kabinett Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates des Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1900

Nr. 47

Montag, den 25. Februar 1924

19. Jahrgang

Die Steuerlast der Landwirtschaft.

In den Räumen des Reichswirtschaftsrates tagte Freitag der Rat der Betriebe- und Steuerstellen beim Deutschen Landwirtschaftsrat. Er beschäftigte sich eingehend mit den aktuellen Steuerfragen und fasste die folgende Entschliessung zur gegenwärtigen Besteuerung der Landwirtschaft und zu den sich daraus ergebenden Forderungen für die Zukunft:

I. Die gegenwärtige Besteuerung der Landwirtschaft

1. untragbar, weil sie in ihrer Gesamtheit den gegenwärtigen Betriebs- und Ertragsverhältnissen nicht gerecht wird und deren Leistungsfähigkeit bei weitem übersteigt.

2. produktionsmäßig, weil sie den Landwirt zu unwirtschaftlichen Betriebsbeschränkungen, zur Verringerung und Verschleuderung des Inventars und damit zur Verminderung seiner Produktion nötigt.

3. unfaugemäss, weil sie weder den natürlichen Betriebsbedingungen, noch den betriebswissenschaftlichen Anforderungen an die Berechnung des Ertrages und Wertes entspricht.

4. ungerecht, weil sie eine Ueberlastung des Landwirtschaftsbetriebes im Verhältnis zu anderen Erwerbszweigen darstellt.

II. Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

1. Die Revision der Besteuerungswerte und Höhe unter Berücksichtigung der natürlichen Betriebsbedingungen, der betriebswissenschaftlichen Normen und vor allem der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft.

2. Die Schaffung einer einfachen und einheitlichen Steuerergänzung und die Verteilung und Bereinigung der Ausgaben auf Reich, Länder und Kommunen.

3. Eine gerecht abgewogene und durchgeführte Veranlagung von Landwirtschaft, Industrie, Handel und freien Berufen zu den Steuern des Reiches, der Länder und der Kommunen.

4. Die Befreiung der Landwirtschaft von allen Eingriffen in den Besitz und Betrieb und der Schutz der Landwirtschaft in gleicher Weise wie der Industrie vor produktionsvernichtender, die heimische Volkswirtschaft schwächender Konkurrenz des Auslandes.

Hinter diesen Beschlüssen stehen sämtliche landwirtschaftlichen Berufsorganisationen.

Die Regierung droht mit Reichstagsauflösung.

Die Reichsregierung hat der ausländischen Presse Mitteilungen über die Lage gemacht, namentlich wie sie durch das Ermächtigungsgesetz geworden ist. Die 70 Verordnungen, die unter ihm herausgebracht worden sind, mögen viel erscheinen, sie waren aber nötig. Sie haben die Wahrung besichert. Arbeitsmöglichkeiten geschaffen, Ruhe und Ordnung verbreitet und neue Wirren verhindert. Das Verbot politischer Parteien hat den Einfluss nicht verringert, wie die Wahlen in Thüringen und Ostpreussen beweisen. An dem Grundbau der Verordnungen wird die Regierung nicht rütteln lassen. Um Konflikte vorzubeugen, hat sie sich mit den Fraktionen in Verbindung gesetzt. Die erhobenen Beschwerden werden geprüft, da die Verordnungen kein Meisterwerk seien. Ueber Änderungen im einzelnen wird sich reden lassen. Aber an gewissen Verordnungen darf nichts geändert werden: die dritte Steuernverordnung, das Arbeitszeitgesetz und die Verordnungen über Veränderungen im Gerichtsverfahren. Eine Möglichkeit zum Rücktritt steht die Regierung nicht. Denn mit dem jetzigen Reichstag kann auch eine neue Regierung nichts schaffen, deshalb wird sie, falls eine Einigung nicht zustande kommt den Reichstag auflösen. Sie hat sich deshalb mit dem Präsidenten des Reichstages in Verbindung gesetzt und dieser hat ihr zugestimmt.

Streikbewegungen.

Der Streik im Söllinger Revier.

Nach dem „Söllinger Zeitung“ kann der Zustand im Söllinger Industriegebiet als zusammengebrochen gelten. Am allgemeinen entschlossen sich die wirtschaftlich größeren Betriebe, die Arbeit wieder aufzunehmen. Geht wurde von Arbeitnehmersseite der Schlichter Reichlich um einen Schiedsspruch über die Lohn- und Arbeitszeitfragen angerufen.

Der englische Dickerbeiterstreik noch nicht beendet.

Während die Dickerbeiter, die Mitglieder der Transportarbeitervereinigungen sind, mit Überwindung der Wehrheit die Regelung des Lohnstreikes, wie sie am Donnerstag erreicht wurde, angenommen haben, beschlo-

Große Kundgebung für den Mittelstand.

Im Reichstagsgebäude fand am Sonntag in Anwesenheit des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, verschiedener Minister, Vertreter des Reichstages, der Landesregierungen, der ausländischen Mächte, der deutschen und ausländischen Presse eine eindrucksvolle Kundgebung für den gefährdeten deutschen Mittelstand statt. Die Reden wurden radiotelephonisch 2000 Kilometer weit verbreitet.

Reichstagsabgeordneter Dr. Oberling, der Vorsitzende des Schutzbundes für die notleidende Kulturschicht Deutschlands, wies darauf hin, was deutsche Wissenschaft, Kunst und Technik allen Völkern gegeben hat. Dies Geschehen leide Not, Stätten der Wissenschaft würden abgebaut. Forschungsinstitute seien durch Geldsorgen gekemmt. Der Redner forderte für die gesamte notleidende deutsche Kulturschicht Berücksichtigung von allen, die am Versailler Vertrag beteiligt sind. Er bat die Regierung und den Reichstag, der Not des geistigen Mittelstandes mehr als bisher Rechnung zu tragen.

Reichskanzler Dr. Marx sprach zunächst von den Bemühungen, den ungeheuren Sturz der Wirtschaft aufzuhalten und nach einer hoffentlich der Gerechtigkeit entsprechenden Regelung unseres Verhältnisses zu den Ententestaaten auf Grund des Versailler Friedens auch zu einer ruhigeren Entwicklung unserer Finanz- und Wirtschaftslage zu gelangen. Der Staat habe ein Interesse an dem Wohlergehen aller Klassen der Bevölkerung, und gerade der Kulturstaat unserer Zeit habe ein besonderes Interesse an den Geistesarbeitern. Der Redner hob den außerordentlichen Wert der Geistesarbeit für die Entwicklung von Industrie und Handel und für den Ausbau des Arbeiterstandes hervor und fuhr fort die Bedeutung unseres Geisteslebens rechte weit über die Grenzen unseres Staates hinaus. Die ganze Welt habe ein großes Interesse an Fortschritten und der Fortentwicklung des Geisteslebens der Wissenschaft, Literatur, Kunst und Technik Deutschlands; sie müsse teilnehmen an der außerordentlich schweren Not unserer Hochschulen, Forschungsinstitute und Lehranstalten aller Art, die im Ausland einen hervorragenden Ruf genössen.

Die Masse städtisch nehmen auf alles, was sich zu Kunst, Wissenschaft und Literatur rechnet. Die Intelligenz habe aber Anspruch darauf, in den weitesten Schichten des eigenen Volkes, namentlich den kapitalstarken, Verständnis zu finden und materielle Unterstützung, die sich nachher wieder in wertvoller Weise an Wirtschaft und Großhandel auswirken werde. Selber seien die Finanzen des Reiches und der Einzelländer zu verrückt, um dem intellektuellen Teil der Bevölkerung die notwendige Förderung zuteil werden lassen zu können. Alle Maßnahmen müßten auf Verhinderung einer neuen Inflation gerichtet sein. Das deutsche Volk müsse den Sachverständigen zeigen, daß es bis zum Wehrerben gehen wolle, um seine Geschäfte selbst zu besorgen und seine Finanzen, soweit es möglich ist, in Ordnung zu bringen.

Der Kanzler gedachte zum Schluss mit warmherzigen Worten der Not der deutschen Studierenden der Jugend mit der ein Geschlecht heranreife, das wissen wie wertvoll es sei, Brüder zu besitzen, wenn auch anderes Standes.

Es sprachen noch Dr. Dobbat, der Vorsitzende des Bezirksverbandes Berlin vom Reichsverband der deutschen Presse Dr. Ludwig Fulda für das freie Schrifttum, Prof. Sanitätsrat Dr. Herzog, der die fürstliche Vorlage der medizinischen Wissenschaft und der Krankenanstalten und Werke schilderte, Architekt Dr. Stedler und der Hauptgeschäftsführer der Selbsthilfe der deutschen Studentenschaft Dr. Schärer, der vom deutschen Werkstudenten sprach und für die Hilfe inländischer und ausländischer Wohlwäter für die deutschen Studenten dankte.

Die Versammlung nahm schließlich einstimmig eine Entschliessung an, in der die Vertreter des geistigen Lebens Deutschlands unter Betonung ihres Rechts auf Leben die Welt daran erinnern, was die Menschheit der deutschen Wissenschaft, Kunst und Technik verdankt und vom ganzen deutschen Volk fordern, vor keinen Anstrengungen zurückzuschrecken, um den Geistesarbeitern erträgliche Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Der amtliche Bericht über das Volksgericht in Pirmasens.

In einem amtlichen Bericht über die Vorgänge am 12. d. M. heißt es: Am genannten Tage um 11 Uhr vormittags fanden etwa 20 bis 30 Bürger der Stadt vor dem Verlage der „Pirmasenser Zeitung“, um ihre Zeitungen abzuholen, deren Wiedererscheinen nach etwa befristetem Verbot angekündigt worden war. Der Herausgeber ließ trotz des Verbotes durch die Separatisten die Zeitung ausgeben. Da die Firma Verlagsleiter der Separatisten befürchtete, erklärte die Abholer sich bereit, das Verlagsgebäude zu schützen. Nachmittags sprach die Wohnung der Bürger beim französischen Bezirksdelegierten Genoul vor und fragte ihn, wie er sich zu den Separatisten stelle. Der Bezirksdelegierte erklärte, er werde sich nicht mehr um sie kümmern.

Darauf wurden die Separatisten im Auftrag der Bürgerwehr mittels Fernsprecher wiederholt ohne Erfolg aufgefordert, Pirmasens zu verlassen. Inzwischen sammelte sich, hauptsächlich nach Fabrikabschluss, eine große Menschenmenge vor dem Bezirksamtgebäude an, die erregt den Abzug der Separatisten verlangte. Diese erwiderten die Aufforderung mit Schüssen und warfen Handgranaten, wodurch drei Personen getötet und sieben oder acht verwundet wurden. Daraufhin wurde in dem Viertel um das Bezirksamtgebäude herum das elektrische Licht ausgeschaltet, um den Separatisten kein genaues Ziel zu geben. Das Eingreifen der heidelsheimer Feuerwehr blieb erfolglos. Die rechtmäßigen Besitzer von Waffen wurden nun von der Bevölkerung aufgefordert, ihre Waffen herbeizubringen. Dies geschah. Die Waffenspeicher beschossen darauf das Bezirksamtgebäude. Ein Eindringen war unmöglich, da die Separatisten die Eingänge stark verbarrikadiert hatten. Die Menge warf deshalb durch die Fenster des Erdgeschosses brennbare Stoffe und entzündete sie, um die Separatisten zur Uebergabe zu zwingen.

Inzwischen wurde die Eingangstür gewaltsam geöffnet. Ein kleiner Trupp Särmis dann durch das Bren-

nende Gebäude auf das 3. Stockwerk hinauf, wohin sich die Separatisten zurückgezogen hatten. Als diese nun das Gebäude verließen, wurden sie von der sinnlos erregten Menge gelacht. Nachdem die Separatisten vertrieben waren, rückte die Feuerwehr neuerdings an und löschte den Brand, der die ganze Nacht hindurch wütete. Entgegen den französischen Behauptungen können die beteiligten Personen, wenn nötig, unter Eid versichern, daß die Vorgänge nicht vorbereitet waren. Die Bevölkerung ist der Ansicht, daß sie nur aus Nothwehr gehandelt hat. Das Gericht von einem Eingreifen nationalsozialistischer Organisationen aus dem rechtsrheinischen Gebiete hatten die Pirmasenser selbst verbreitet, um sich gegen französische Repressalien zu schützen und die Franzosen irrezuführen.

Deputiertes Kontrolle über die deutsche Verwaltung.

General Depoutte hat mit sofortiger Wirkung eine neue Verordnung bezüglich der Kontrolle über die deutsche Beamten erlassen. Danach kann jeder deutsche Beamte des besetzten Gebietes auf Befehl des kommandierenden Generals der Truppen abgesetzt werden, wenn er es für notwendig befindet, sofern die „Sicherheit der Truppen“ dies erfordert. Der General kann sein Veto einlegen bei der Ernennung aller deutschen Beamten für das besetzte Gebiet, wenn er der Meinung ist, daß diese Maßnahme notwendig ist, um die Unterhaltung, die Sicherheit und die Bedürfnisse der Besatzungstruppen oder die Ausübung von Pflichten sicherzustellen. Im dem Falle, daß ein Beamter stirbt, ausscheidet, mehr als einen Monat Ferien bekommt, entlassen wird oder eine Stellung übernimmt, muß dem Militärbefehlshaber sofort eine Meldung durch die zuständigen deutschen Behörden zugehen.

Wenigsmarktaufkäufe durch die französische Besatzung.

Wie aus durchaus zuverlässiger Quelle bekannt wird, haben die französischen Soldaten im besetzten Gebiet den Auftrag erhalten, unauffällig deutsche Rentenmark zu kaufen.

Frankreich und die Ergebnisse der Sachverständigenaufkäufe. Wie einige französische Blätter angeben, werde der französische Standpunkt bei den Feststellungen der Sachverständigen in drei Besprechungen durchgeleitet werden.

1. Das Prinzip der Derabsetzung werde anerkannt, weil die Sachverständigen gegen die Fortdauer einer militärischen Ueberwachung nichts einwenden wollen.

2. Das Moratorium werde nicht länger wahren. Höchstens drei Jahre, und auch die Sachleistungen sollen in dieser Zeit fortgesetzt werden.